

# Verlagerung statt Entlastung

Zum Bericht „Umgehung Kürenz: Dietze gibt Gas“ und zum Kommentar „Mutig und notwendig“, TV vom 21./22. Januar:

„Mut“ ist immer relativ, doch des Baudezernenten Alternative zur Kürenzer Tunnellösung kann man nun wahrlich nicht als „mutig und notwendig“ (TV-Kommentator Frank Giarra) bezeichnen – im Gegenteil.

Denn de facto würde sich nahezu nichts an der Kürenzer Verkehrssituation ändern, es sei denn, Avelsbacher Straße und Domänenstraße würden in Einbahnstraßen umgewandelt. Oder glaubt ernsthaft jemand, dass diejenigen, die bislang von Neukürenz, dem Petrisberg oder anderen Höhenstadtteilen über das Aveler Tal in die City oder den Süden, Westen oder Osten der Stadt unterwegs sind, einen derartigen Umweg in Kauf nehmen würden? Dietzes Variante würde nur jenen nützen, die ohnehin in Richtung Ruwer oder Autobahn unterwegs sind – und die schon heute unbehelligt den Schleichweg „Am Grüneberg“ nutzen. Diesen Zustand nachträglich für rund zehn Millionen Euro zu legalisieren, wäre aberwitzig.

Bevor Triers Verkehrsplaner wieder derart unausgelegene Vorschläge in die Debatte werfen, wäre es „mutig und notwendig“, eine andere Frage aufzuwerfen: Mit welchem Recht beanspruchen Kürenzer Ortsbeirat und Bürgerinitiative eine Umgehungsstraße? Bei allem Verständnis für

die Belastung der Menschen in der Avelsbacher- und auch der Domänenstraße – der umgeleitete Verkehr würde an anderer Stelle, beispielsweise in der Franz-Georg-Straße, anderen bereits belasteten Trierern weiter zusetzen. In der Logik von Kürenzer Ortsbeirat und Bürgerinitiative wäre es denn auch nur konsequent, würden die Anwohner des stadtseitigen Moselufers, der Zurmaiener Straße, von Saar- und Paulinstraße sowie anderen stark befahrenen Trassen ebenfalls Tunnellösungen und Umgehungsstraßen einfordern; schließlich sind auch sie Opfer (und bisweilen „Täter“) eines kaum mehr nachvollziehbaren Verkehrsverhaltens.

Dass derweil über Jahre nicht ein Cent in die kommunale Radverkehrsinfrastruktur floss, der ÖPNV weiter ausgedünnt und die Regionalbahn nicht wirklich ausgebaut wurde, ist schon schlimm genug. Dass aber Kommunalpolitiker, die man in Bussen und auf Velos in etwa so häufig antrifft wie Elche im Hochwald, nun zehn Millionen in eine fragwürdige Umgehungsstraße investieren wollen, ist eine Frechheit gegenüber all denjenigen, die täglich ihren Teil zur Entlastung von Straßen und Luft beitragen. Umgehungsstraßen führen nicht zu einer Verkehrsentlastung, sondern zu mehr Verkehrsverlagerung.

Das wissen auch die Koblenzer OVG-Richter.

ek/bru

Marcus Stölb, Trier